Deutscher Bundestag **Drucksache 16/4592**

16. Wahlperiode 07. 03. 2007

Beschlussempfehlung und Bericht

des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Winfried Nachtwei, Jürgen Trittin, Marieluise Beck (Bremen), weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- Drucksache 16/819 –

Abrüstung der taktischen Atomwaffen vorantreiben – US-Atomwaffen aus Deutschland und Europa vollständig abziehen

A. Problem

Taktische oder substrategische Atomwaffen unterliegen bisher keiner überprüfbaren Abrüstungs- oder Rüstungskontrollverpflichtung. Der Deutsche Bundestag hat am 13. April 2005 die Bundesregierung aufgefordert, „sich für die Wiederbelebung der amerikanisch-russischen Abrüstung bei substrategischen und taktischen Kernwaffen einzusetzen, um diese erhebliche Lücke im nuklearen Abrüstungsprozess zu schließen“ (Bundestagsdrucksache 15/5254). Immer wieder wurde sowohl von russischer als auch amerikanischer Seite angekündigt, Beiträge zur nuklearen Abrüstung zu leisten. Die Vertragsstaaten des NVV haben sich auf der Überprüfungskonferenz 2000 zu 13 Schritten zur Abrüstung verpflichtet. Das bisherige Ergebnis ist enttäuschend. Der Deutsche Bundestag dringt daher darauf, die Umsetzung dieser Schritte mit aller Kraft und neuen Initiativen fortzusetzen. Der Deutsche Bundestag begrüßt und unterstützt die Entscheidung der Bundesregierung, keine neuen nuklearwaffenfähigen Trägersysteme zu beschaffen und damit die technisch-nukleare Teilhabe zu beenden. Die Zukunft der taktischen Atomwaffen wird auch in den USA offen diskutiert. Die Ankündigung von US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld im Oktober 2005, die Entscheidung über einen Abzug der US-Atomwaffen Deutschland und der NATO zu überlassen, wird vom Deutschen Bundestag begrüßt.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, weiterhin aktiv an der Stärkung des Nichtverbreitungsvertrags mitzuwirken, sich weiterhin mit Nachdruck für die Einrichtung eines Kernwaffenregisters, einer Berichtspflicht im Rahmen der der Überprüfungskonferenzen, einer Offenlegung der Plutoniumbestände und sonstigen vertrauensbildenden und die Transparenz erhöhenden Maßnahmen einzutreten, weiterhin Vorschläge zu unterbreiten bzw. zu unterstützen, die eine vollständige Reduzierung und Vernichtung aller substrategischen Atomwaffen im Rahmen überprüfbarer Abrüstungsvereinbarungen zum Ziel haben, weiterhin und verstärkt an bi- und multilateralen Aktivitäten mitzu-

wirken, die die Sicherung und Vernichtung von nuklearen Beständen, insbesondere in Russland, zum Ziel haben, bilateral und im Rahmen der EU und NATO darauf hinzuwirken, dass in Umsetzung der vielfältigen Beschlüsse die Bedeutung von Atomwaffen weiter gesenkt wird, die Nuklearstrategie der NATO auch in den Punkten nuklearer Nichtangriffsgarantien gegen Nicht-Nuklearwaffenstaaten und Verzicht auf den Ersteinsatz von Atomwaffen angepasst wird, dass auf die Weiterentwicklung von taktischen Atomwaffen und Mini-Nukes verzichtet wird, dass die Atomwaffenbestände auch im Bündnis weiter reduziert werden und weiterhin bilateral gegenüber den Partnern in der EU und NATO zu bekräftigen, dass die Bundesrepublik Deutschland vor dem Hintergrund der veränderten Weltlage und der Krise der nuklearen Nichtweiterverbreitung und Abrüstung bereit und willens ist, auf die Mitwirkung der Bundeswehr an der technisch-nuklearen Zusammenarbeit in Friedens- wie in Kriegszeiten zu verzichten, sich keine neuen nuklearfähigen Trägersysteme zu beschaffen, die gegenwärtigen Jagdbomber-Verbände schnellstmöglich von der Nuklearrolle zu befreien, einen weiteren und vollständigen Abbau der US-amerikanischen Atomwaffen in Europa mit Nachdruck zu fordern und zu unterstützen. Schließlich wird die Bundesregierung aufgefordert, Initiativen für die Einrichtung einer atomwaffenfreien Zone aller Nicht-Nuklearwaffenstaaten in Europa zu unterstützen und weiterhin den Deutschen Bundestag fortlaufend und in geeigneter Weise zu unterrichten.

B. Lösung

Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 16/819 abzulehnen.

Berlin, den 28. Februar 2007

Der Auswärtige Ausschuss

Ruprecht Polenz Vorsitzender	**Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg** Berichterstatter	**Dr. Rolf Mützenich** Berichterstatter	**Harald Leibrecht** Berichterstatter
	Dr. Norman Paech Berichterstatter	**Jürgen Trittin** Berichterstatter	

Bericht der Abgeordneten Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg, Dr. Rolf Mützenich, Harald Leibrecht, Dr. Norman Paech und Jürgen Trittin

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 16/819** in seiner 23. Sitzung am 10. März 2006 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung dem Auswärtigen Ausschuss und zur Mitberatung dem Verteidigungsausschuss und dem Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

Der Auswärtige Ausschuss hat den Antrag auf Drucksache 16/819 in seiner 12. Sitzung am 5. April 2006 zur gutachtlichen Mitberatung dem Unterausschuss Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung überwiesen.

II. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses

Der **Verteidigungsausschuss** hat den Antrag in seiner 35. Sitzung am 28. Februar 2007 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP und Abwesenheit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag in seiner 23. Sitzung am 29. November 2006 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Der **Unterausschuss Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung** hat den Antrag in seiner 12. Sitzung am 2. Februar 2007 gutachtlich beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

III. Beratung im Auswärtigen Ausschuss

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag in seiner 35. Sitzung am 28. Februar 2007 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/SU und SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Berlin, den 28. Februar 2007

Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg
Berichterstatter

Dr. Rolf Mützenich
Berichterstatter

Harald Leibrecht
Berichterstatter

Dr. Norman Paech
Berichterstatter

Jürgen Trittin
Berichterstatter

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333